

Pro-Komitee startet Kampagne zum Bündner Sprachengesetz

Das Pro-Komitee zum neuen kantonalen Sprachengesetz stellt den Erhalt der Mehrsprachigkeit und den daraus resultierenden Mehrwert ins Zentrum seiner Kampagne. Es sei ein Gesetz für den ganzen Kanton, nicht nur für die Romanen.

Von Peter Simmen

Chur. – In Chur hat gestern das Komitee «Pro Sprachengesetz des Kantons Graubünden» die Kampagne für die Abstimmung vom 17. Juni lanciert. Das 15-köpfige Patronatskomitee ist breit abgestützt, ihm gehören neben den Präsidenten der beiden Sprachorganisationen Pro Grigioni Italiano (PGI) und Lia Rumantscha (LR) – Sacha Zala und Vincent Augustin – Vertreter aller vier Regierungsparteien an. Unter ihnen sind CVP-Präsident und Ständerat Theo Maissen, die Nationalräte Sep Cathomas (CVP) und Andrea Hämmerle (SP), SP-Präsident Peter Peyer sowie die Grossräte Jon Domenic Parolini (SVP) und Christian Hartmann (FDP). Als Co-Präsidenten fungieren PGI-Präsident Zala und LR-Präsident Augustin gemeinsam mit den Präsidenten der romanischsprachigen und italienischsprachigen Grossratsgruppen, Men Bischof (FDP) aus Scuol und Martino Righetti (CVP) aus Cama. Sie legten vor den Medien die Positionen des Komitees dar.

Bündner Identität bewahren

Am 17. Juni gehe es um mehr als nur die Förderung der beiden Minderhei-

tensprachen Romanisch und Italienisch, sagte Augustin. Als zentrale Punkte nannte er die bessere Verständigung unter den Sprachgemeinschaften und insbesondere die Stärkung und Erhaltung der Dreisprachigkeit als Wesensmerkmal des Kantons. «Sie verleiht uns unsere spezifische Identität und bringt uns einen Mehrwert, kulturell wie auch ökonomisch, und garantiert uns weitherum Sympathien», so Augustin. Mit Blick auf die Argumentation des Referendumskomitees betonte er, dass es nicht Ziel des neuen Gesetzes sei, die Sprachgemeinschaften gegeneinander auszuspielen. Das Wesen des Gesetzes treffend formuliert hätten Daniel Thür und Martin Killias in ihrem in der «Südostschweiz» publizierten Beitrag (Ausgabe vom Montag): «Die Gerechtigkeit eines Sprachenrechts bemisst sich an der der schwächsten sprachlichen Gemeinschaft gewährten Stärke», zitierte er die beiden.

Das vom Grossen Rat mit 106:0 Stimmen verabschiedete Gesetz sei nicht «aus einer politischen Laune heraus» entstanden, sagte Men Bischof. Vielmehr nehme das Gesetz mehrere zuvor in der Schweiz und im Kanton in der Sprachenfrage gefällte Entscheide auf und konkretisiere sie. Als Beispiele erwähnte Bischof die in der Bundesverfassung und in der Kantonsverfassung verankerten Sprachenartikel, welche auf eine Stärkung der Minderheitssprachen abzielten. Umgekehrt nehme das Gesetz Rücksicht auf die getroffenen Entscheide:

Keine Gemeinde müsse einen Entschluss zur Sprachenwahl rückgängig machen, stellte Bischof klar.

Das Recht einfordern

Zala wehrte sich gegen die Aussage der Gegner, das Gesetz sei unnötig. Genau das Gegenteil sei der Fall: Die Kantonsverfassung verpflichte den Kanton zum Handeln. Zala machte klar, dass die Sprachorganisationen bei einem Nein zum Gesetz die in der Bundes- und Kantonsverfassung enthaltenen Bestimmungen zum Schutz und zur Förderung der Minderheitensprachen einfordern würden. Und Martino Righetti sieht im Gesetz die Chance, einen Markstein für den Trilinguismus zu setzen. Davon profitieren würden

nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen, denn das Gesetz unterstütze den Austausch von Schulklassen. Und es garantiere, dass Kinder bei einem Umzug in eine andere Sprachregion besondere Stütz Kurse erhielten.

Das Pro-Komitee begrüsst die Tatsache, dass über das Sprachengesetz abgestimmt werden kann und es weist mit Nachdruck darauf hin, dass für die Kampagne keine öffentlichen Gelder verwendet würden. Weiter legt das Komitee Wert auf einen sachlichen Abstimmungskampf. So wurde gestern darauf verzichtet, sich auf einen Nahkampf mit den Argumenten des Referendumskomitees einzulassen. In schriftlicher Form allerdings liegen Stellungnahmen zu den Argumenten der Gegner vor.

Weitere Informationen unter www.triling.ch



Zur Diskussion bereit: Men Bischof, Vincent Augustin, LR-Sekretär Gion Antoni Derungs, Sacha Zala und Martino Righetti (von rechts) erläutern die Positionen des Pro-Komitees zum Sprachengesetz.

Bild Nadja Simmen